



Senatsverwaltung für Inneres und Sport
Klosterstr. 47, 10179 Berlin

Geschäftszeichen (bitte angeben)

III C 22



elektronische Zugangsöffnung
gemäß § 3a Absatz 1 VwVfG

Klosterstraße 47, 10179 Berlin

13.02.2025

An
LSVD+
Almstadtstr. 7
10179 Berlin

- per E-Mail-

Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen zur Bekämpfung von homosexuellen- und transfeindlicher Gewalt

Ihr Schreiben vom 28. Januar 2025

Sehr geehrte Henny Engels,

vielen Dank für Ihr Interesse am Umsetzungsstand der in dem Abschlussbericht des Arbeitskreises „Bekämpfung von homophober und transfeindlicher Gewalt“ enthaltenen Handlungsempfehlungen.

Wie Ihnen im Zusammenhang mit der durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport im Jahr 2021 in die Innenministerkonferenz eingebrachten Initiative „Homophobe und transfeindliche Gewalt bekämpfen“ bekannt geworden ist, werden nicht nur durch die Sicherheitsbehörden, sondern auch durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt vielfältige Maßnahmen im Bereich der Repression, aber auch der Prävention, hier insbesondere zum Opferschutz, durchgeführt und fortlaufend weiterentwickelt.

Darüber hinaus beabsichtigt der Senat gemäß den Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026, zusammen mit den queeren Communitys eine „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ zu entwickeln und die Präventions- und Antigewaltarbeit zum Schutz queerer Personen weiter auszubauen. Die Zuständigkeit hierfür liegt, unter Beteiligung der Senats- und Bezirksverwaltungen sowie der Zivilgesellschaft, bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt (SenASGIVA).

Ziel der Landesstrategie ist es, ausgehend von einer in Berlin bundesweit einmalig gut aufgestellten Infrastruktur im Handlungsfeld zur Bekämpfung von Queerfeindlichkeit, passgenaue Zielsetzungen und Maßnahmen zu entwickeln. Durch diese soll in Berlin

Queerfeindlichkeit noch effektiver entgegenzutreten und die Sicherheit sowie der Schutz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen sowie queeren Menschen (LSBTIQ+) in der Stadt nachhaltig verbessert werden.

Als zentrales Steuerungsgremium zur Entwicklung der ressort- und bezirksübergreifenden Berliner Landesstrategie wurde der Runde Tisch „Schutz vor queerfeindlicher Hasskriminalität“ eingerichtet, der von der Ansprechperson der Landesregierung Berlin für die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geleitet wird und an dem Senats- und Bezirksverwaltungen sowie die Zivilgesellschaft teilnehmen.

Eine Beschlussfassung des Senats über die Landesstrategie ist für das vierte Quartal 2025 vorgesehen. Vor diesem Hintergrund soll von hier aus möglichst aktuell mit letztem Sachstand dem Bundesinnenministerium zum Umsetzungsstand hinsichtlich der Handlungsempfehlungen berichtet werden. Eine Darstellung der Fortschritte zum jetzigen Zeitpunkt würde dieser Berichterstattung nicht nur vorgreifen, sondern wäre mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits zur Jahresmitte überholt.

Wir bitten daher um Ihr Verständnis, dass zu einem späteren Zeitpunkt zunächst eine weitestgehend aktuelle Berichterstattung an das Bundesinnenministerium erfolgt. Laut Beschluss der 219. Innenministerkonferenz soll der Bericht des Bundesinnenministeriums zum Umsetzungsstand der Handlungsempfehlungen unter Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet werden. Insofern wird Ihnen im Zuge dieses Verfahrens der aktuelle Sachstand vorgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen

